

Beschlusssspiegel UB Parteitag KölnSPD am 16. März 2019

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiter- leitung an
		Leitanträge UBV			
1	UBVLT 1	Europa	UBV	<p>ÄA OV Ehrenfeld: Ergänzung der Überschrift mehrheitlich abgelehnt erster Spiegelstrich mehrheitlich angenommen zweiter Spiegelstrich mehrheitlich abgelehnt Gesamt mit Änderungen einstimmig angenommen</p>	
2	UBVLT 2	Steuergerechtigkeit	UBV	<p>ÄA des Antragstellers AG Steuergerechtigkeit, Übernahme durch UBV: In Zeile 184 wird folgender Spiegelstrich eingefügt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Schaffung einer gemeinsamen EU-weiten Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern</u> <p>In Zeile 313/314 wird der Spiegelstrich wie folgt geändert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Das Ehegattensplitting werden wir durch einen Familientarif mit Kinderbonus ersetzen (s. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017), wobei der Splittingvorteil auf 7.000 Euro gedeckelt wird.</u> <p>Änderungsvorschlag der Antragskommission: Z. 316 f.: Jedes Kind ist gleich viel wert, der bisherige steuerlich ungerechte Kinderfreibetrag wird abgeschafft, das Kindergeld <u>durch eine Kindergrundsicherung ersetzt.</u></p> <p>Gesamt mit Änderungen einstimmig angenommen</p>	Bundes- parteitag
3	UBVLT 3	Flucht und Migration	UBV	<p>Annahme mit folgenden Änderungen:</p> <p>vor Z. 419 im Kasten Überschrift einfügen zur Kenntlichmachung der <i>Wiedergabe</i> von Gesetzesgrundlagen. <u>Zum besseren Verständnis sind hier die maßgeblichen Artikel des deutschen Grundgesetzes, des deutschen Asylverfahrensgesetzes, der Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Grundrechtecharta aufgeführt, die in Deutschland Rechtsgültigkeit haben:</u></p>	Bundes- parteitag

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiterleitung an
				<p>ÄA des Antragsstellers: Einfügen nach Z. 459 „...zur Ausreise gedrängt werden.“:</p> <p><u>Die SPD lehnt alle Maßnahmen ab, die rechtliche Situation für Geduldete aus so genannten sicheren Herkunftsländern und Geduldete, die aus von ihnen nicht verschuldeten Gründen keinen Pass beschaffen können, so zu verschlechtern, dass sie weder eine Arbeit aufnehmen noch eine Ausbildung absolvieren dürfen, noch an weiteren Maßnahmen etwa des Spracherwerbs teilnehmen können und so fast zur völligen Untätigkeit verurteilt sind. Ihre Sozialleistungen und damit auch die für ihre Familien sollen auf ein Niveau von 60 Prozent des Asylbewerberleistungsgesetzes abgesenkt werden. Zudem soll die Ingewahrsamnahme durch die Vermutung einer drohenden Fluchtgefahr, die vom Betroffenen widerlegt werden muss, erleichtert werden. Sie sollen im Vorfeld der Ausreise auch ohne richterlichen Beschluss bis zu 10 Tage an der Grenze oder auf Flughäfen von der Polizei in Haft genommen werden können.</u></p> <p><u>Wir wenden uns entschieden gegen die Kriminalisierung von Rechtsanwält*innen, Beratungsstellen und anderen Hilfs- und Betreuungsorganisationen von Geflüchteten, denen bei Weitergabe von Informationen über eine bevorstehende Abschiebung Haftstrafen angedroht werden sollen.</u></p> <p>Z. 478ff.: Ergänzung: „...des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das offensichtlich mangels Ausstattung - vor allem durch den anhaltenden Mangel an geschulten und eingearbeiteten Fachkräften, die seit 2014 ohne Sachgrund für nur zwei Jahre beschäftigt werden – in vielen Fällen nicht in der Lage ist, ...“</p> <p>Z. 509 ff.: Ergänzung: „...in der Aufnahme Geflüchteter tätiger und engagierter Menschen, <u>die trotz teils unzureichender Arbeitsbedingungen, z.B. in für kurze Zeit befristeten Verträgen, erfolgte.</u>“</p>	

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiterleitung an
				<p>Änderung in Z. 601 f.: Ohne die Leistungen der eingewanderten und angeworbenen Arbeiterinnen und Arbeiter <u>sind</u> Wachstum und Wohlstand und ein funktionierender Sozialstaat nicht möglich-</p> <p>Mit Änderungen einstimmig angenommen</p>	
4	UBVLT 4	Digitale Arbeitswelt	UBV	<p>Überweisung an UBVo als Grundlage für ggf. wieder / neu einzusetzende AG Digitales des neuen Vorstandes sowie das Forum Netzpolitik und die AfA</p> <p>ÄA des OV Kalk: Überweisung wie Leitantrag Ersetze in Z. 825: „Werkvertrags- und Honorarbasis“ durch „Werk- oder Dienstvertragsbasis“</p> <p>Ersetze in Z. 828 – 829: „wir sehen plattformbasierte Beschäftigung (...)“ durch: „plattformbasierte Beschäftigung ist abhängige Beschäftigung und keine Selbstständigkeit. Menschen, die einen nicht unerheblichen Teil ihres Lebensunterhalts durch Plattformarbeit erzielen, müssen sämtlichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz genießen.“</p> <p>Füge ein in Z. 831 nach „gerecht zu werden“: „Der Aspekt der Unselbstständigkeit der Arbeitsleistung und die daraus folgende persönliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber ist zu betonen. Häufig sind Weisungsrechte in Dienst- oder Werkvertragsverhältnissen weniger stark ausgeprägt, als im klassischen Arbeitsverhältnis, obwohl der Grad der Abhängigkeit des Leistenden ähnlich hoch ist. Diese Lücke wollen wir schließen.“</p> <p>Ersetze Z. 837 – 839 durch: „die Festlegung von Mindeststandards: das BMAS soll Mindestvergütungen für Plattformarbeitende unter Beteiligung der Sozialpartner festschreiben. Branchenübliche Mindeststandards wie über das gesetzliche Minimum hinausgehende Urlaubsansprüche oder</p>	UB-Vorstand

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiterleitung an
				<p>weitergehende Zulagen sollen auch Plattformarbeitenden zu Gute kommen. Die Klärung der Statusfrage bedingt auch, dass Plattformarbeitende künftig Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und einen echten Kündigungsschutz genießen.“</p> <p>ÄA von Ole Erdmann, OV Deutz, zu Z. 785 und zu Z. 812: ebenfalls als Material zu Antrag überwiesen.</p> <p>Einstimmig der Überweisung zugestimmt</p>	
		Bildungspolitik			
5	BiPo 1	Eine Schule für alle weiterentwickeln	AfB	<p>Vor Z. 998 einfügen: <u>in Nippes</u> <u>in Porz</u> mit großer Mehrheit angenommen</p> <p>Z. 1007: keine Streichung Einführung des Abschlusssverbots</p> <p>einfügen nach Z. 1014: <u>- Kostenloses Mittagessen für alle SchülerInnen</u> einfügen nach Z. 990: <u>- Mehr Lehrer an allen Schulen</u></p> <p>mit großer Mehrheit angenommen</p> <p>Gesamt mit Änderungen mit großer Mehrheit angenommen</p>	Landespartei ag Ratsfraktion
6	BiPo 2	Soziales Medizinstudium stärken	Jusos	<p>Vor Zeile 1059 ergänzen: <u>Die SPD Bundestagsfraktion wird gebeten, sich für das Anliegen dieses Antrags im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzusetzen und es bei der anstehenden Änderung der Approbationsordnung für Ärzt*innen einzubringen.</u></p> <p>Gesamt mit Änderungen mit großer Mehrheit angenommen</p>	Bundespartei tag
7	BiPo 3	Verpflichtender Besuch Bildungseinrichtung vor Grundschule	Sülz/Klettenberg	Mehrheitlich abgelehnt	

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiterleitung an
7a	BiPo 4	Digitalisierung Schule	Jusos	<p>Z. 1133: ...auf ihre Kernaufgaben —die Vermittlung von Wissen— konzentrieren können, ...</p> <p>ÄA aus OV Höhenhaus Ersetzen der Zeilen 1160bis 1163 durch: Bereitstellung von nach BSI-Standards sicheren und DSGVO konformen Zugängen zu den benötigten digitalen Arbeitsmitteln, Fachverfahren und virtuellen Arbeitsräumen.</p> <p>Gesamt mit Änderungen mit großer Mehrheit angenommen</p>	
		Sozialpolitik			
8	SoPo 1	Anrechnung von Einkommen auf Grundsicherung und Sozialleistungen	Ehrenfeld	<p>Gleichlautend beim Landesparteitag am 23. Juni 2018 eingebracht; dort überwiesen an NRWSPD-Vorstand, an SPD-Landtagsfraktion und an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>Überweisung an Bundesvorstand zur Beratung im Rahmen der aktuell begonnenen umfassenden Sozialstaats-Debatte sowie nochmalige Überweisung an NRWSPD-Vorstand für Zukunftsdebatte</p> <p>Mehrheitlich der Überweisung zugestimmt</p>	Bundes-Vorstand NRW Landesvorstand
9	SoPo 2	Anrechnung von Renten auf Grundsicherung im Alter verringern	Ehrenfeld	<p>Gleichlautend beim Landesparteitag am 23. Juni 2018 eingebracht; dort überwiesen an NRWSPD-Vorstand, an SPD-Landtagsfraktion und an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>Überweisung an Bundesvorstand zur Beratung im Rahmen der aktuell begonnenen umfassenden Sozialstaats-Debatte sowie nochmalige Überweisung an NRWSPD-Vorstand für Zukunftsdebatte</p> <p>Mehrheitlich der Überweisung zugestimmt</p>	Bundes-Vorstand NRW Landesvorstand
10	SoPo 3	Gesamtreform Alterssicherungssysteme	Dellbrück	<p>Annahme und Überweisung an Landes- und an Bundesvorstand der SPD zur Weiterleitung an die jeweiligen dort eingerichteten Rentenkommissionen</p> <p>Mehrheitlich der Überweisung zugestimmt</p>	Bundes-Vorstand NRW Landesvorstand

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiterleitung an
11	SoPo 4	Keine prekäre Beschäftigung bei VHS	AsF	<p>ÄA aus OV Ehrenfeld: Z. 1293: Die <u>arbeitnehmerähnlich beschäftigten</u> Lehrkräfte....</p> <p>Gesamt mit Änderung mit großer Mehrheit angenommen</p>	Ratsfraktion
12	SoPo 5	Das Recht der Bedarfsgemeinschaften reformieren	Jusos	<p>Einstimmig angenommen</p>	Bundestagsfraktion
13	SoPo 6	Postanschrift für Obdachlose	Jusos	<p>ÄA des Antragstellers Jusos: Ergänze ab Z. 1445 am Ende: Wir wollen Menschen, die in eine solch prekäre Existenzlage geraten sind, jede Hürde nehmen im Leben wieder Fuß zu fassen. Und trotzdem stellen zuständige Hilfsorganisationen fest, dass es in Deutschland kein flächendeckendes Angebot für die Unterstützung von Obdachlosen gibt. Eine Postanschrift ist wiederum für den Kontakt zum Arbeitsamt und der damit einhergehenden Job- und Wohnungssuche unabdinglich. In Ballungszentren finden sich i.d.R. Angebote. Doch es sind in der Tat Ballungsräume. Auch für Menschen in diesen prekären Lebensverhältnissen. Einen geschützten Raum für sie und bspw. die angehörige Gruppe der Frauen* zu schaffen, ist dadurch erschwert. Außerhalb von Ballungszentren der Großstädte findet man sich in der Situation wieder größere Entfernungen zu den Anlaufstellen zurücklegen zu müssen. Doch kleine Barrieren bedeuten für Menschen in dieser Ausnahmesituation oft sowohl einen existenziell wie als auch emotional herben Rückschlag. Vor allem ist deswegen die Holschuld der Betroffenen in Sachen Erwerb einer Postanschrift in eine Bringschuld durch den Staat umzuwandeln. Dafür ist die Einführung eines allgemeingültigen Rechtsanspruchs unumgänglich. Damit einhergehen wäre eine bundeseinheitliche Regelung für den Umgang in den Kommunen anzustreben. Änderungen mehrheitlich abgelehnt</p> <p>Gesamtantrag mit großer Mehrheit abgelehnt</p>	

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiter- leitung an
		Gesellschaftspolitik		NICHT BEFASST außer 18 Anträge zum Parteirat verschoben	
18	GesPo 5	Aktivitäten gegen Antisemitismus und Rassismus	Südstadt	Einstimmig angenommen	Ratsfraktion UB-Vorstand
		Gesundheit		NICHT BEFASST Antrag zum Parteirat verschoben	
		Außen- und Sicherheitspolitik		Die Anträge lfd Nr. 25 – 32 wurden zusammen abgestimmt Mehrheitlich angenommen	Bundes- Parteitag Landes- parteitag
25	ASiPo 1	Kampfdrohnen	Ehrenfeld	Annahme	
26	ASiPo 2	Keine Waffenexporte nach Brasilien, Türkei, Saudi Arabien	Ehrenfeld	Annahme mit Bitte um Zusammenführung mit A 30 Z. 1906 neu: <u>Wir wollen</u> den sozialen und demokratischen Fortschritt mit zivilen Mitteln fördern. Z. 1907 neu: <u>Die KölnSPD fordert, Genehmigungen von Waffenlieferungen in Kriegs- oder Konfliktgebiete und an hieran beteiligte Parteien zu verhindern bzw. nicht zu erteilen. Dazu zählen auch Waffenexporte nach Brasilien, die Türkei- und Saudi-Arabien.</u>	
27	ASiPo 3	Abrüstung Rüstungskontrolle	Ehrenfeld		
28	ASiPo 4	Zwei Prozent Ziel Rüstungsausgaben Haushalt	Ehrenfeld	Annahme	

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiterleitung an
29	ASiPo 5	Zivilkausel NRW HochschulG	Ehrenfeld	Annahme	
30	ASiPo 6	Stopp von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete	Mitte	Annahme mit Bitte um Zusammenführung mit A 26	
31	ASiPo 7	Keine Einmärsche der Türkei Syrien und Irak	Dünnwald	Annahme	
32	ASiPo 8	Türkeipolitik Unterdrückung entgegenwirken	Dünnwald	Annahme	
		Wirtschaftspolitik		NICHT BEFASST Anträge zum Parteirat verschoben	
		Kommunalpolitik – kommun Wohnungspolitik		NICHT BEFASST Außer lfd. Nr. 47 und 58 Verschoben auf den geplanten kommunalpolitischen UB Parteitag	
47	KomPo 3	Soziales Gewerbe im KAT 18 erhalten	Südstadt	Mehrheitlich angenommen	Ratsfraktion
58	KomPo 14	Keine Privatisierung städt. Kliniken	Sülz/Klettenberg	Annahme der geänderter Fassung: Z. 3273-3275 ersetzen durch: <u>Die KölnSPD begrüßt den Beschluss der SPD-Ratsfraktion, eine Privatisierung der städtischen Kliniken zu verhindern. Darüber hinaus fordern wir die SPD-Ratsfraktion auf, ihren Beschluss auch auf alle Versorgungsbereiche wie beispielsweise Wäscherei, Speiseversorgung etc. auszuweiten.</u> In geänderter Fassung mehrheitlich angenommen	Ratsfraktion
		Umweltpolitik		NICHT BEFASST Antrag zum Parteirat verschoben	

Lfd. Nr.		Titel/Thema	Antragsteller	Beschluss.	Weiter- leitung an
		Verkehrspolitik		NICHT BEFASST Anträge zum Parteirat verschoben	
		Organisationspolitische Anträge		NICHT BEFASST Anträge zum Parteirat verschoben	